



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

113. Sitzung (öffentlich)

12. Mai 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:38 Uhr bis 19:09 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, TOP 11, TOP 14, TOP 15 und TOP 16 in Verbindung mit TOP 2 zu behandeln.

- 1 Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Thema „Überprüfung der Wirksamkeit des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) gemäß § 49 Abs. 3 WTG und der Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG DVO) gemäß § 47 Abs. 3 WTG DVO“**

8

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4139

– Gespräch mit Professor Dr. Thomas Klie, AGP Sozialforschung
(Präsentation s. Anlage 1)

2 Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen 19

In Verbindung mit:

11 Wie soll die „Brücke in den Sommer“ gebaut werden, damit sie keine Hängepartie wird? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5136

In Verbindung mit:

14 Wie geht es weiter mit dem Impfstoff AstraZeneca? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5129

In Verbindung mit:

15 Nutzung der Pandemie-Software „SORMAS“ (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])

In Verbindung mit:

Stand der Anwendung der Software SORMAS in den Gesundheitsämtern NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])

In Verbindung mit:

16 Impfstrategie der Landesregierung für Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

3 Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sichern – Gesundheitliche Versorgung menschenrechtskonform gestalten 43

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6581
Drucksache 17/12801

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10909

Ausschussprotokoll 17/837 (Anhörung am 04.12.2019)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/6581 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag Drucksache 17/10909 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

4 Die Gesundheit unserer Kinder hat Vorrang vor Gewinnmaximierung! – Das jetzige Modell der Fallpauschalen in der Kinder- und Jugendmedizin gehört abgeschafft!

45

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10641

Ausschussprotokoll 17/1317 (Anhörung am 25.02.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

5 Suizidprävention – In Zeiten des „Social Distancing“ müssen distanzüberwindende Hilfsangebote geschaffen werden.

47

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13072

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

6 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018 48

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13430

Ausschussprotokoll 17/1299 (Anhörung vom 05.02.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung
– Votum an den federführenden Ausschuss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

7 Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen 50

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13401

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Anregung der SPD-Fraktion überein, am 24. Juni 2021 eine Anhörung durchzuführen.

8 Betreuung schulpflichtiger Kinder mit Behinderung in der Ferienzeit 51

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4887
Vorlage 17/5154

– Wortbeiträge

9 Eckpunkte über die Verständigung zur Errichtung eines Fonds des Bundes und der Länder zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung sowie für Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]) 52

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5089

– Wortbeiträge

10 Kürzungen in der Tagespflege – Auswirkungen in NRW? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8]) 53

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5123

– Wortbeiträge

12 Sachstand der geplanten Fusion der städtischen Kliniken und der Universitätsklinik in Köln (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9]) 54

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 17/169

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

13 Aktueller Zwischenstand der Planungen im Gründungsausschuss zur Errichtung der Pflegekammer in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10])* **60**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5130

– Wortbeiträge

17 Verschiedenes **62**

hier: **Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Müdigkeitssyndrom** **62**

* * *

6 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/12033

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13430

Ausschussprotokoll 17/1299 (Anhörung vom 05.02.2021)

- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Votum an den federführenden Ausschuss

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation am 16.12.2020)

Josef Neumann (SPD) legt dar, Verbände und Institutionen aus Nordrhein-Westfalen wie Sozialverbände, Lebenshilfe und viele andere Organisationen der Wohlfahrtspflege hätten sich sehr klar und deutlich zur Landesbauordnung positioniert und erklärt, sie sei nicht im Sinne der Menschen mit Behinderung. Die Beauftragte der Landesregierung habe sich in vergleichbarer Weise geäußert. Mit Blick darauf und auf die notwendige und gewünschte Partizipation von Menschen mit Behinderung stelle der Gesetzentwurf eindeutig einen Rückschritt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, des Bundesteilhabegesetzes und des Inklusionsstärkungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen dar. Verbesserungen seien daher erforderlich.

Dem stimmt **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** zu und wundert sich über die Rückschritte in der Landesbauordnung. CDU und FDP hätten in ihrem Koalitionsvertrag nicht nur Barrierefreiheit als unabdingbar für ein erfolgreiches Gelingen der Inklusion bezeichnet, sondern auch vereinbart, Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich und im Gesundheitswesen zum Standard machen zu wollen.

Die vorgesehene Fassung der Landesbauordnung sehe nun vor, Teilhabe von Menschen mit Behinderung „im erforderlichen Umfang“ zu ermöglichen. Damit verschlechterten sich im Baubereich zum zweiten Mal in der laufenden Legislaturperiode die Bedingungen für Menschen mit Behinderung.

Absichtserklärungen aus dem Koalitionsvertrag seien dagegen noch nicht in Angriff genommen worden. Nach wie vor fehlten nicht nur beispielsweise Standards für Apotheker, sondern sei auch die inklusive Teilhabe von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Raum keine Realität.

Er appelliere, den vorliegende Gesetzentwurf zurückzuziehen und dem Änderungsantrag der Grünen zuzustimmen.

Stefan Lenzen (FDP) betont, in der Anhörung hätten mehrere Sachverständige, darunter die Architektenkammer, klargestellt, dass Barrierefreiheit als Standard gelte. Der Gesetzentwurf gehe keinen Schritt hinter die Novelle von 2018 zurück.

Durch die Novelle 2018 werde der nachträgliche Einbau von Treppenliften erleichtert. Der jetzige Gesetzentwurf stelle ihn sogar komplett genehmigungsfrei. Gleichzeitig werde zum Beispiel die Wohnraumförderung um elektrisch bedienbare Türen erweitert. Kürzlich habe Ministerin Scharrenbach die Erhöhung der Fördersummen für mehr Barrierefreiheit auf 120.000 Euro pro Wohnung im Bestand bekannt gegeben. Allgemein stünden durch die Wohnraumförderung mehr Mittel als bisher für den Abbau von Barrieren zur Verfügung.

Alle Neubauten der Gebäudeklassen 3 bis 5 müssten seit der Novelle 2018 zudem barrierefrei sein.

Niemand wolle durch die gesetzliche Neuregelung von dem bisherigen Standard abweichen.

Peter Preuß (CDU) stellt klar, der Gesetzentwurf werde ganz sicher nicht zurückgenommen. Barrierefreiheit bleibe ein Kernstück der Landesbauordnung. Der Gesetzentwurf biete zahlreiche Verbesserungen. Unredlich sei es daher, von einem Abbau oder einer Verschlechterung von Standards zu sprechen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.